

A1 Sparen bei Sozialem? Nicht mit uns!

Gremium: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Schleswig-Holstein
Beschlussdatum: 03.09.2024
Tagesordnungspunkt: 10 Anträge

Antragstext

1 Überall wird gespart

2 Während die reichsten Teile der Gesellschaft von Steuererleichterungen und einer
3 zunehmend deregulierten Wirtschaft profitieren, werden die ärmsten
4 Bevölkerungsgruppen durch Kürzungen bei Sozialleistungen und
5 Arbeitsmarktförderungen sowie durch das Festhalten an niedrigen Löhnen
6 zusätzlich belastet.

7 Arbeit muss sich lohnen!

8 Die derzeitigen Sparhaushalte und das Festhalten an niedrigen Löhnen haben
9 jedoch verheerende Auswirkungen auf die Lebensrealität vieler Menschen.
10 Millionen von Arbeitnehmer*innen müssen tagtäglich darum kämpfen, mit ihrem
11 Einkommen ihre grundlegenden Bedürfnisse zu decken. Prekäre Arbeitsverhältnisse,
12 befristete Verträge und Niedriglöhne führen dazu, dass viele Menschen am
13 Monatsende vor der Entscheidung stehen, ob sie ihre Miete bezahlen, ihre Kinder
14 ernähren oder andere lebensnotwendige Ausgaben decken können. Besonders
15 betroffen sind hier FLINTA*-Personen, junge und migrantisierte Menschen, die
16 überdurchschnittlich oft in Teilzeitjobs, Minijobs oder befristeten
17 Beschäftigungen arbeiten, die kaum existenzsichernd sind. Diese Unsicherheit
18 erzeugt enormen psychischen Druck, führt zu einem Gefühl der Ohnmacht und nimmt
19 den Betroffenen die Möglichkeit, ihr Leben frei zu gestalten.

20 Die Anhebung des Mindestlohns auf 12€ war da nur ein Tropfen auf dem heißen
21 Stein, der durch die Inflation schnell wieder aufgeessen wurde. Und auch die
22 verschiedenen Einmalzahlungen haben nur wenig dazu beigetragen, den Menschen in
23 der Krise zu helfen.

24 Statt eines fairen Einkommens für alle, beobachten wir eine wachsende Kluft
25 zwischen arm und reich, die nicht nur die soziale Gerechtigkeit, sondern auch
26 den gesellschaftlichen Zusammenhalt bedroht. Deswegen setzen wir uns für
27 folgende Maßnahmen ein, um diese Situation zu verbessern:

- 28 • Erhöhung des Mindestlohns auf 15 Euro pro Stunde, damit sich vom
29 verdienten Lohn sich wieder das Leben geleistet werden kann.
- 30 • Stärkung von Tarifverträgen und kollektiven Verhandlungen, um faire Löhne
31 und gute Arbeitsbedingungen für alle sicherzustellen.

32 Ein Sozialsystem, das allen hilft!

33 Sparmaßnahmen beim Bürgergeld und anderen Sozialleistungen führen zu massiven
34 Einschnitten im Alltag vieler Menschen, die auf staatliche Unterstützung
35 angewiesen sind. Menschen, die aufgrund von Arbeitslosigkeit, Krankheit oder
36 anderen Gründen nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt eigenständig zu
37 bestreiten, sind derzeit den Härten eines unzureichenden Sozialsystems
38 ausgesetzt. Die Sätze des Bürgergeldes reichen nicht aus, um die steigenden

39 Lebenshaltungskosten zu decken, was dazu führt, dass immer mehr Menschen in
40 existenzielle Notlagen geraten und ihren Lohn aufstocken müssen. Die Folgen
41 dieser Politik sind weitreichend: Immer mehr Menschen sind gezwungen, schlecht
42 bezahlte und unsichere Arbeit anzunehmen, weil die sozialen Sicherungssysteme
43 nicht ausreichen, um ein Leben in Würde zu ermöglichen.

44 Hinzu kommen die wieder eingeführten Sanktionen, die die finanzielle
45 Unterstützung weiter kürzen und so Menschen in noch größere Unsicherheit und
46 Armut stürzen. Dies verstärkt nicht nur die soziale Ausgrenzung, sondern auch
47 den Druck auf die Betroffenen, die ohnehin schon mit erheblichen Schwierigkeiten
48 zu kämpfen haben. Daher braucht es jetzt:

- 49 • Einen armutsfesten Bürgergeld-Regelsatz, um ein Leben oberhalb der
50 Armutsgrenze zu gewährleisten.
- 51 • Abschaffung aller Sanktionen beim Bürgergeld, damit niemand mehr in Angst
52 vor existenziellen Kürzungen leben muss.
- 53 • Mehr Investitionen in die Ausbildungsförderung und Maßnahmen zur
54 nachhaltigen Arbeitsmarktintegration, um allen Menschen echte Chancen auf
55 Teilhabe und Selbstbestimmung zu bieten.

56 Sparen beim Sozialen stärkt die Rechten!

57 Die Sparpolitik im sozialen Bereich gefährdet nicht nur die Betroffenen direkt,
58 sondern hat auch weitreichende Folgen für unsere gesamte Gesellschaft. Wenn
59 Menschen das Gefühl haben, dass der Staat ihre Bedürfnisse ignoriert und ihnen
60 keine Sicherheit bietet, wächst das Misstrauen in die politischen Institutionen.
61 Dies führt dazu, dass sich immer mehr Menschen enttäuscht und abgehängt fühlen –
62 ein Nährboden für rechtsextreme Ideologien. Rechtsextreme Kräfte nutzen diese
63 Unsicherheiten und Ängste gezielt aus, um Hass und Ausgrenzung zu fördern. Sie
64 bieten scheinbar einfache Antworten und Sündenböcke, um von den eigentlichen
65 Problemen – wie sozialer Ungleichheit und ungerechter Verteilung – abzulenken.
66 Die jüngsten Europawahlen und die Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen haben
67 deutlich gezeigt, wie diese Dynamiken das Erstarken rechtsextremer Bewegungen
68 begünstigen.

69 Um den sozialen Frieden zu wahren, müssen wir entschieden gegen diese
70 Entwicklungen vorgehen. Das erfordert eine Stärkung des Sozialstaats, der für
71 alle Menschen Sicherheit und Gerechtigkeit gewährleistet. Deshalb fordern wir:

- 72 • Keine weiteren Sparmaßnahmen im sozialen Bereich, um den
73 gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern.
- 74 • Stärkung des Sozialstaats und ein Steuersystem, das hohe Einkommen und
75 Vermögen gerecht umverteilt.
- 76 • Ausbau öffentlicher Dienstleistungen und sozialer Infrastruktur, um den
77 Menschen Sicherheit zu bieten und das Vertrauen in die Demokratie zu
78 stärken.

79 Was können wir tun?

80 Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, leiten wir als GRÜNE JUGEND Schleswig-
81 Holstein einen Weg hin zu einer gerechteren und solidarischeren politischen
82 Praxis ein. Wir wollen mit jungen Menschen vor Ort ins Gespräch kommen, ihren
83 Problemen ein ehrliches und offenes Ohr bieten und mithilfe einer solidarischen
84 politischen Praxis Angebote machen, die jungen Menschen konkret in schwierigen
85 Lebenslagen hilft.

A2 Islamismus bekämpft man nicht mit Abschiebungen – solidarische Politik statt Hass & Hetze

Gremium: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Schleswig-Holstein
Beschlussdatum: 03.09.2024
Tagesordnungspunkt: 10 Anträge

Antragstext

1 Der schreckliche Anschlag in Solingen macht uns noch immer betroffen. Unser
2 Mitgefühl gilt den Betroffenen, den Angehörigen und den Freund*innen, die an
3 diesem Freitag im August Unvorstellbares erleben mussten. Die Trauer über die
4 schreckliche Tat macht sprachlos – und wir müssen trotzdem Worte finden.

5 Der Islamismus ist eine menschenverachtende Ideologie. Islamisten bedrohen jeden
6 Wert, für den wir eintreten, unsere freie Gesellschaft und unser Miteinander.
7 Die Kritik daran den Konservativen und Rechten zu überlassen, wäre ein großer
8 Fehler, denn der Kampf gegen den Islamismus ist untrennbarer Teil des
9 Antifaschismus. Und gerade deswegen brauchen wir jetzt einen ehrlichen Diskurs
10 darüber, was die Wurzeln islamistischer Gewalt sind.

11 Erfahrungen von Ungerechtigkeiten, Diskriminierung und Ausgrenzung sind wichtige
12 Faktoren in Radikalisierungsprozessen. Biografische Krisenerfahrungen machen
13 junge Menschen anfälliger für extremistische Ideologien und Perspektivlosigkeit,
14 Armut und Gewalterfahrungen erhöhen die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen
15 gewalttätig werden. Nicht-Eingebundenheit in ein Gemeinschaftsgefüge, fehlende
16 Begegnungsangebote und Erfahrungen von antimuslimischem Rassismus führen dazu,
17 dass sich Menschen auf der Suche nach Zugehörigkeit von der Gesellschaft
18 entfremden und anfälliger für Radikalisierung und islamistische Ideologien sind.

19 Wem es also ums Ganze geht, darum, zu verhindern, dass sich Menschen zu Feinden
20 der offenen Gesellschaft entwickeln, der darf zu den Ursachen von
21 Radikalisierung und Gewaltbereitschaft nicht schweigen. Wer jetzt vor allem
22 Vorschläge zur Einschränkung des Asylrechts zu macht, dem scheint es wenig um
23 die Bekämpfung des Islamismus als um das Schüren von Vorurteilen und
24 gesellschaftlicher Spaltung zu gehen.

25 Islamismus bekämpft man nicht mit Abschiebungen. Weder der Ruf nach mehr
26 Abschiebungen noch potenziell verfassungswidrige Pläne, Menschen die
27 Sozialleistungen zu kürzen, werden hier helfen – im Gegenteil. Und wenn
28 Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (als ein Beispiel von vielen) jetzt von
29 der Politik fordert, „schnell Regeln zur Begrenzung der Migration umzusetzen“
30 und meint, dass im Einsatz gegen die sogenannte „irreguläre Migration“ „wirklich
31 jede Anstrengung unternommen werden müsse“, dann ist das 1. ein sehr
32 fragwürdiger Umgang mit dem Grundrecht auf Asyl und 2. im Bezug auf Maßnahmen
33 gegen Islamismus wirkungslos. Was es zusätzlich zur besseren Strafverfolgung
34 islamistischer Täter jetzt braucht, ist Präventionsarbeit – in Schulen, im Netz
35 und in der Gesellschaft und vor allem: Gerechtere Verteilung und echte soziale
36 Politik.

37 Statt also Hass gegen die Menschen zu befeuern, die vor islamistischem Terror
38 aus Syrien und Afghanistan zu uns geflohen sind, muss jetzt in soziale
39 Absicherung, Integrationskurse, ein gerechtes Bildungssystem und eine soziale
40 Infrastruktur, die Begegnungsräume für alle schafft, investiert werden. Dem
41 Zündstoff für Extremismus und Gewalt, der in einer wachsenden Kluft zwischen Arm

42 und Reich, Verteilungsungerechtigkeit und mangelnder Chancengleichheit liegt,
43 muss mit wirksamer sozialer Politik begegnet werden. Für uns ist klar, dass
44 Umverteilung von oben nach unten notwendig ist, um prekäre Lebensumstände und
45 die Gefühle von Verzweiflung und Ohnmacht zu bekämpfen und dem Extremismus so
46 den Nährboden zu entziehen.

47 Die Trauer, Wut und Angst angesichts von islamistischer Gewalt dürfen nicht
48 instrumentalisiert werden, um gegen Schutzsuchende zu hetzen. Uns macht es
49 fassungslos, dass nun quer durch das Parteienspektrum genau das passiert. Auf
50 allen politischen Ebenen muss es ein Anliegen derjenigen sein, die den
51 Islamismus ehrlich bekämpfen wollen, jetzt nicht auf die Narrative der Rechten
52 aufzuspringen, sondern ein wirksames und solidarisches Gegenangebot zu machen.

Begründung

Quellen u.a.:

<https://www.bpb.de/themen/infodienst/295672/diskriminierung-und-radikalisierung/>

<https://www.bpb.de/themen/infodienst/212082/junge-menschen-und-gewaltorientierter-islamismus/>

<https://www.bpb.de/themen/infodienst/295169/erfahrungen-von-rassismus-als-radikalisierungsfaktor/>

A3 Wolkenkratzer gegen Wohnungsmangel

Antragsteller*in: Michael Albert (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein)

Tagesordnungspunkt: 10 Anträge

Antragstext

1 Der Wohnungsmangel in Deutschland, insbesondere in urbanen Gebieten, stellt eine
2 der größten Herausforderungen unserer Zeit dar. Hohe Baukosten, langwierige
3 Genehmigungsverfahren und knappes Bauland erschweren die Schaffung von neuem
4 Wohnraum. Um diesen Problemen entgegenzuwirken, schlage ich den Bau von
5 Wolkenkratzern als innovative und nachhaltige Lösung vor.

6 Denn die steigenden Baukosten und hohen Zinsen erschweren die Finanzierung neuer
7 Bauprojekte und lange Genehmigungsprozesse und strenge Energiestandards
8 verzögern den Bau neuer Wohnungen. Zudem besonders in Großstädten wie Kiel
9 fehlen Millionen günstiger Wohnungen, denn in vielen Städten ist das verfügbare
10 Bauland begrenzt.

11 Daher schlage ich den Bau von Wolkenkratzern vor, denn der Bau von
12 Wolkenkratzern bietet eine vielversprechende Lösung, um den Wohnungsmangel zu
13 bekämpfen. Diese Gebäude nutzen die begrenzte städtische Fläche effizient aus
14 und können eine Vielzahl von Wohnformen und Preisklassen unter einem Dach
15 vereinen und das mit vier Gründen:

- 16 1. Nachhaltige Bauweise: Moderne Wolkenkratzer können mit nachhaltigen
17 Materialien und Technologien gebaut werden, die den Energieverbrauch
18 minimieren und die Umwelt schonen.
- 19 2. Effiziente Flächennutzung: Wolkenkratzer nutzen die begrenzte städtische
20 Fläche effizient aus, indem sie in die Höhe statt in die Breite bauen.
- 21 3. Soziale Durchmischung: Wolkenkratzer können verschiedene Wohnformen und
22 Preisklassen unter einem Dach vereinen, was zu einer besseren sozialen
23 Durchmischung führt.
- 24 4. Innovative Mobilitätskonzepte: Durch die Integration von
25 Mobilitätskonzepten wie Fahrradgaragen, Carsharing-Stationen und guter
26 Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr könnten Wolkenkratzer den Verkehr
27 reduzieren und die Lebensqualität erhöhen.

28 Daher für uns ist klar, dass der Bau von Wolkenkratzern eine innovative und
29 nachhaltige Lösung darstellt, um den Wohnungsmangel in Deutschland zu bekämpfen.
30 Daher mein Vorschlag wäre:

- 31 • Lass uns gemeinsam in Lübeck, Kiel, Neumünster und in Flensburg großen
32 Wolkenkratzern bauen, die mindestens 200 Meter hoch sind, gegen
33 Wohnungsmangel!

34 Und wer weiß, vielleicht haben wir eine Skyline in Kiel, wo wir als Kielhattan
35 nennen dürfen.

36 Quellen:

- 37 1. [https://www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/immobilien-ausschuss-
38 wohnungsmangel-deutschland-102.html](https://www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/immobilien-ausschuss-wohnungsmangel-deutschland-102.html)
- 39 2. <https://www.boeckler.de/de/auf-einen-blick-17945-20782.htm>
- 40 3. [https://ruetter-immobilien.de/wohnungskrise-in-deutschland-ursachen-
42 folgen-und-loesungsansaetze/](https://ruetter-immobilien.de/wohnungskrise-in-deutschland-ursachen-
41 folgen-und-loesungsansaetze/)
- 42 4. [https://www.gutefrage.net/frage/sind-wolkenkratzer-eine-loesung-fuer-den-
44 wohnungsmangel](https://www.gutefrage.net/frage/sind-wolkenkratzer-eine-loesung-fuer-den-
43 wohnungsmangel)
- 44 5. <https://www.4frankfurt.de/de/home/#highlights-und-keyfacts>

A4 Echte Lösungen gegen Extremismus in der Innen- und Bildungspolitik durchsetzen statt Populismus und Diskriminierung!

Gremium: LAK Shalom - Gegen jeden Antisemitismus!

Beschlussdatum: 13.09.2024

Tagesordnungspunkt: 10 Anträge

Antragstext

1 Echte Lösungen gegen Extremismus in der Innen- und Bildungspolitik durchsetzen
2 statt Populismus und Diskriminierung

3 Die Bedrohung für unsere Demokratie und Gesellschaft ist durch jegliche Arten
4 von Extremismus größer den je: Ob durch die AfD als parlamentarischer Arm des
5 Rechtsextremismus, islamistische Anschläge oder die Bedrohung durch autoritäre
6 Regime aus dem Ausland. Alles zeigt, wie ernst die Gefahr ist und das die
7 bisherigen Antworten auf diese nicht ausreichend sind. Schließlich bedrohen
8 Islamismus, Rechtsextremismus und andere extremistische Ideologien Frauen,
9 queere Menschen, Minderheiten, Andersdenkende und -gläubige in ihrer Lebensweise
10 und Freiheit. Wir müssen daher diese aktuellen Entwicklungen in den Blick
11 nehmen.

12 Der furchtbare Terroranschlag von Solingen hat uns zutiefst erschüttert. Deshalb
13 verurteilen wir umso mehr jegliche Versuche, den Anschlag für politische Zwecke
14 auszunutzen. Es ist fatal, dass sich die politische Diskussion im Bereich
15 Terrorismusbekämpfung mehr auf rechtspopulistische Scheinargumente und die
16 Abschiebung von Geflüchteten konzentriert als auf tatsächliche Lösungen. Solche
17 Debatten werden der Relevanz des Themas nicht gerecht und schaden insbesondere
18 den Menschen, die bereits jetzt am stärksten marginalisiert sind. Es darf nicht
19 passieren, dass Menschen aufgrund ihres Glaubens, ihrer Staatsangehörigkeit,
20 ihres Aussehens oder Geburtsortes unter Generalverdacht gestellt werden. Dies
21 befeuert rassistische Vorurteile und gefährdet unsere Demokratie und die
22 Sicherheit vieler unbeteiligter Menschen.

23 Wir als Grüne Jugend Schleswig-Holstein fordern daher nicht nur eine klare Kante
24 gegen Extremismus zu zeigen, sondern auch endlich Konsequenzen aus dieser
25 ziehen. Wir stehen zu unserer außen- und innenpolitischen Haltung,
26 Menschenrechte, Frieden und Humanität in den Mittelpunkt zu stellen. Dies
27 bedeutet auch, international gegen autoritäre Regime zu stehen und Terrorismus
28 gemeinsam zu bekämpfen. Innerhalb von Schleswig-Holstein und Deutschland gelten
29 diese Grundsätze nicht nur, sie müssen sich auch in unserer Innenpolitik
30 widerspiegeln:

31 1) Viele Menschen fliehen weltweit vor islamistischer Gewalt und Terror. Ein
32 entschlossener Kampf gegen Islamismus bedeutet, dass Menschen, die vor diesem
33 fliehen, Schutz bekommen. Vor diesem Hintergrund ist es unverantwortlich, dass
34 bis jetzt kein bundesweiter Abschiebestopp für Ezid*innen beschlossen wurde,
35 obwohl der Deutsche Bundestag den Genozid der Terrororganisation „Islamischer
36 Staat“ an den Ezid*innen bereits offiziell anerkannt hat.

37 2) Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien lehnen wir strikt ab, genauso wie
38 Streichungen, Kürzungen und Einschränkungen von Sozialleistungen für (bereits
39 jetzt befinden sich diese nach dem Asylbewerberleistungsgesetz unter dem
40 Existenzminimum), das Konzept „sicherer Herkunftsstaaten“, den

41 Kabinettsbeschluss (vom 26.06.24) zur Verschärfung im Aufenthaltsrecht in der
42 derzeitigen Form ab und Zurückweisungen von Schutzsuchenden an den Grenzen. Das
43 Asylrecht ist eine unverzichtbare Errungenschaft und eine historische Lehre aus
44 der Zeit des zweiten Weltkrieges, in der unter anderem jüdische Schutzsuchende
45 an den Grenzen abgewiesen und später vom NS-Regime ermordet wurden. Eine
46 Zusammenarbeit der Bundesregierung mit dem Taliban-Regime in Afghanistan, das
47 Gender-Apartheid betreibt, oder dem diktatorischen Assad-Regime in Syrien würde
48 eine Stärkung von Diktatur, Antisemitismus und Islamismus bedeuten. Zudem
49 verbietet es sich, Menschen in Gebiete zu schicken, in denen ihnen Folter und
50 Tod drohen. Terrorismus wird nicht bekämpft, indem man Menschen, die teilweise
51 selbst vor Terror und Gewalt fliehen, noch unmenschlicher behandelt. Stattdessen
52 brauchen wir Solidarität und Zusammenarbeit mit den Menschen, die sich mutig
53 gegen Diktatur und Terror stellen. Migrantische Initiativen und Stimmen für
54 Vielfalt und Demokratie, zum Beispiel von geflüchteten Afghan*innen,
55 Syrer*innen, iranischen Oppositionellen, Kurd*innen, Ezid*innen, und vielen mehr
56 müssen gestärkt werden.

57 3) Statt dieser aktuellen Debatte brauchen wir lösungsorientierte Vorschläge.
58 Wir müssen uns auf eine menschliche Migrations- und Integrationspolitik
59 fokussieren. Dazu gehören mehr Geld für Integrations- und Sprachkurse, die
60 Aufhebung von Arbeitsverboten, Abbau von diskriminierenden Strukturen, bessere
61 personelle und infrastrukturelle Ausstattung der Behörden, psychotherapeutische
62 Angebote für Menschen mit Traumata und weitere Maßnahmen, um den
63 Herausforderungen gerecht zu werden.

64 4) Unsere Demokratie wird täglich durch die vielen Menschen gestärkt, die sich
65 ehrenamtlich engagieren. Wir brauchen endlich ein starkes
66 Demokratiefördergesetz, das zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich für
67 Demokratiebildung und Menschenrechte einsetzen, langfristige Planungssicherheit
68 bietet. Programme wie „Demokratie leben!“ müssen vonseiten des Bundes, vonseiten
69 des Landes entsprechend cofinanziert, auskömmlich finanziert und vor Ort
70 professionell begleitet.

71 5) Kultur verbindet Menschen und stärkt Gesellschaft. Die Förderung von Kultur,
72 Kunst und Musik, die Juden*Jüdinnen, BIPOC, Queers, Menschen mit Behinderung und
73 anderen unterrepräsentierten Gruppen eine Plattform bietet, muss gesichert und
74 ausgebaut werden.

75 6) Viele Menschen, die sich terroristischen Gruppierungen anschließen oder
76 terroristische Gewalttaten begehen, radikalieren sich in Deutschland.
77 Radikalisierung findet auch häufig im Internet statt. Deshalb gilt: Die
78 Bekämpfung von Fake News, Hassrede und Aufstachelungen muss endlich angegangen
79 werden. Dazu fordern wir, die bestehenden Regeln durchzusetzen, Social-Media-
80 Konzerne konsequent zur Moderation zu verpflichten und die Sicherheitsbehörden
81 so in ihrer Ausbildung und Infrastruktur auszustatten, dass sie Straftaten im
82 Netz erfolgreich aufklären können.

83 7) Wir fordern den Fokus unserer Politik auf Prävention zu legen, um
84 reaktionären Denkweisen entgegenzuwirken. Prävention ist hier vielfältig gemeint
85 und stützt sich auf alle genannten Punkte. Ob durch Bildungsarbeit, Kultur, die
86 Arbeit der Sicherheitsbehörden oder andere Maßnahmen: Unsere Gesellschaft muss
87 überhaupt verhindern, dass es zu Gewalt, Hass und Hetze kommt, anstatt sich in
88 der reinen Reaktion auf diese wiederzufinden.

89 8) Weiter unterstützten wir ausdrücklich rechtsstaatliche Schritte wie
90 Vereinsverbote, Befugnisse für den Verfassungsschutz bei der Kontrolle von
91 extremistischen Organisationen (z. B., um die Finanzierung besser zu erkennen)
92 oder politische Maßnahmen wie die Verschärfung des Waffenrechtes und der Entzug
93 von Waffen bzw. die Nicht-Erteilung von Waffenerlaubnissen für Extremist*innen.

94 9) Extremistische Angriffe wie dieser in Solingen sind auch ein Ausdruck
95 patriarchaler Strukturen, die sich nach wie vor durch unsere Gesellschaft
96 ziehen. Gewalt von Männern muss als sicherheitspolitisches Thema in den
97 Mittelpunkt gerückt werden. Es braucht flächendeckende Jungenarbeit, die
98 zielgerichtet Geschlechterstereotype problematisiert und Rollenbilder aktiv
99 aufbricht und Gewaltpräventionsangebote, die bei Verhaltensauffälligkeiten
100 einschreiten können, bevor es zu einer schweren Straftat kommt. Von
101 patriarchaler Gewalt Betroffene müssen flächendeckenden Schutz und Beratung
102 erhalten.

103 Zusatz

104 Sollte dieser Antrag beschlossen werden möchten wir diesen mit Unterstützung der
105 Grünen Jugend Schleswig-Holstein auch auf dem Landesparteitag der Grünen
106 Schleswig-Holstein stellen.

Begründung

Erfolgt mündlich

AP1 Solidarität zur Praxis machen – Arbeitsprogramm 2024/2025

Gremium: GRÜNE JUGEND Schleswig-Holstein
Beschlussdatum: 10.09.2024
Tagesordnungspunkt: 5 Arbeitsprogramm

Antragstext

1 **Solidarität zur Praxis machen – Arbeitsprogramm** 2 **2024/2025**

3 Kein Bock auf Krise – unter diesem Motto sind wir vor der Europawahl in ganz
4 Schleswig-Holstein auf die Straßen gegangen und haben mit jungen Menschen
5 darüber geredet, was sie beschäftigt, wovor sie Angst haben, was ihre Sorgen
6 sind – kurz: Wie es ihnen geht. Dabei haben wir immer wieder gehört, und genau
7 das spiegelt sich in Studien zu Einsamkeit und Zukunftsangst wider: Jungen
8 Menschen geht es schlecht. Und es sind nicht nur die jungen Menschen.

9 Die verfehlte Sozialpolitik in Kombination mit der Sparpolitik der letzten
10 Jahrzehnte hat dafür gesorgt, dass sich Lebensverhältnisse und mit ihnen das
11 gesellschaftliche Klima verändert haben. Die Welt, für die wir kämpfen, ist eine
12 andere. Es ist eine, in der Menschen als Menschen und nicht zuerst als
13 Wähler*innen betrachtet werden, eine, in der Menschen statt Profite im Zentrum
14 unseres Handelns und unserer Politik stehen.

15 Für uns ist klar: Um etwas gegen die gesellschaftliche Kälte zu tun, reicht es
16 nicht, in geschlossenen Räumen Fachdebatten zu führen. Gegen soziale Kälte hilft
17 Gemeinschaft – als linker Jugendverband wollen wir genau die schaffen, wir
18 wollen Solidarität erlebbar machen, sie muss unsere Praxis werden.

19 **Bildungsarbeit**

20 Formate

21 Bildungsarbeit ist eine der wichtigsten Aufgaben in unserer politischen Arbeit,
22 denn eine geteilte Analyse macht uns schlagkräftiger! Damit diese auch die
23 Breite des Verbandes erreicht, muss Bildungsarbeit in unterschiedlichen Formaten
24 stattfinden. Vor allem sollen alle Mitglieder Spaß an der Bildungsarbeit haben
25 und etwas Neues Lernen können. Deshalb wollen wir, wo möglich, verschiedene
26 Workshop-Formate und verschiedene Workshop-Niveaus anbieten. Grundlagenbildung
27 ist dabei stets ein wichtiger Grundstein.

28
29 Dieses Jahr haben wir zum ersten Mal in Schleswig-Holstein ein
30 Bildungswochenende veranstaltet. Dieses Wochenende war insgesamt ein großer
31 Erfolg und hat dazu beigetragen, dass wir unsere Analyse weiter geschärft haben.
32 Wir planen im kommenden Jahr ein zweites Bildungswochenende zu veranstalten,
33 denn mit solchen Angeboten schaffen wir eine Basis für politische
34 Sprechfähigkeit.

35 Unsere Landesmitgliederversammlungen (LMVen) sind der Ort, an dem der ganze
36 Verband zusammen kommt. Dieser Raum muss sinnvoll mit strategischer
37 Bildungsarbeit genutzt werden.

38 Außerdem wollen wir im kommenden Jahr Grundlagenworkshops in den Kreisverbänden
39 anbieten und umsetzen, um noch mehr Mitglieder zu erreichen und zu einer
40 kritischen Analyse bilden. Auch unsere KV-LV-Treffen (Kreisvorstands-
41 Landesvorstands-Treffen) verstehen wir als Ausbildungsort.

42 Ausbildung von Multiplikator*innen

43 Um die Welt zu verändern, müssen wir sie zunächst verstehen. Das Ziel unserer
44 Bildungsarbeit ist es, Menschen zu befähigen und zu ermächtigen. Dafür bilden
45 wir uns kontinuierlich weiter, lernen gemeinsam und voneinander. Unsere
46 Mitglieder, insbesondere Kreisvorstandsmitglieder, sollen zu Multiplikator*innen
47 werden, die wiederum andere bewegen und organisieren, sodass sie politische
48 Wirksamkeit erfahren. Auf diese Weise tragen wir unsere Stärke weiter.

49 Schwerpunkte

50 Die Bildungsarbeit der GRÜNEN JUGEND Schleswig-Holstein hat verschiedene
51 Schwerpunkte: Zum einen ist sie emanzipatorisch. Sie befähigt unsere Mitglieder
52 dazu, Gelerntes in eine politische Praxis übersetzen zu können.

53 Zum anderen ist es sinnvoll, einen inhaltlichen Fokus zu setzen. Uns bringen die
54 besten Fach-Workshops wenig, wenn wir das System, die Welt in der wir leben,
55 nicht verstehen. Daher werden wir uns auch im kommenden Jahr viel mit den Fragen

- 56 • In welcher Welt wollen wir leben?
- 57 • In welcher Welt leben wir aktuell und wie funktioniert sie? An welche
58 Grenzen stößt der Kapitalismus und warum wird er nicht für immer
59 funktionieren?
- 60 • Was sind Alternativen zur kapitalistischen Gesellschaft und wie erreichen
61 wir sie? Was muss dafür passieren?
- 62 • Was können wir schon jetzt tun, um Ausbeutung von Mensch und Natur zu
63 bekämpfen?
- 64 • Wer sind in diesen Kämpfen unsere Verbündeten und wer nicht?

65 beschäftigen.

66 Antirassistische Strategie

67 Als GRÜNE JUGEND Schleswig-Holstein ist es unser Ziel, ein Verband der Vielen zu
68 sein. Doch das können wir nur sein, wenn wir eine Strategie dafür haben, wie wir
69 migrantisierte Menschen besser ansprechen, einbinden und fördern können. Wir
70 wollen unseren Verband als einen Ort der politischen Beteiligung, des Aktivismus
71 und des gemeinsamen Lernens zugänglicher machen. Für das kommende Jahr wollen
72 wir aus den diesjährigen Erfahrungen lernen und verschiedene Möglichkeiten einer
73 wirksamen Umsetzung der AntiRa-Strategie erörtern. Gemeinsam mit anderen
74 Landesverbänden wollen wir ein Förderwochenende für migrantisierte Menschen
75 organisieren.

76 FLINTA*-Förderung & Team für Geschlechterstrategie

77 Gerade weil das Patriarchat im kapitalistischen System und unserer Gesellschaft
78 verankert ist und der Rechtsruck zunimmt, wollen wir erst recht dagegen

79 ankämpfen. Hierfür arbeitet das Team für Geschlechterstrategie an der Umsetzung
80 der bundesweiten Geschlechterstrategie. Das Team wird sich inhaltlich mit
81 materialistischem Queerfeminismus auseinandersetzen und schulen. Als
82 Landesverband setzen wir einen Fokus darauf, den gesamten Verbandes durch
83 queerfeministische, materialistische Bildungsarbeit weiterzubilden.

84 Für FLINTA* Personen in unserem Verband sollen weiterhin Förderungs- und
85 Vernetzungsmöglichkeiten geschaffen werden, um sie durch Erfahrungsaustausch und
86 Gemeinschaftsgefühl in ihrer politischen Arbeit zu stärken.

87 Bildungsteam

88 Das Bildungsteam soll als Ausbildungsort effektiv genutzt werden. Ziel ist es,
89 dass Teammitglieder zum einen als Multiplikator*innen ausgebildet werden - denn
90 wenn das Team wichtige Fähigkeiten vermittelt bekommen hat, das kapitalistische
91 System zu verstehen und zu hinterfragen, kann gute Bildungsarbeit sichergestellt
92 werden.

93 Zum anderen liegt dann die Konzeption, Betreuung und Organisation von
94 landesweiten Bildungsangeboten in der Verantwortung des Bildungsteams.

95 Kampagnenarbeit

96 Evaluation Europakampagne

97 Unsere vergangene Kampagne zur Europawahl wurde bereits auf verschiedenen Ebenen
98 diskutiert. Um jedoch auch im kommenden Jahr sinnvolle Arbeit vor Ort leisten zu
99 können, muss ehrlich evaluiert werden, was funktioniert hat und was nicht, was
100 wirksam war und was nicht. Diese Debatte darf nicht nur im Landesvorstand
101 stattfinden, die Kreisverbände müssen hier mitgenommen werden.

102 Kampagnenfähigkeit in Schleswig-Holstein

103 In den letzten Monaten haben wir gezeigt: Als Verband sind wir kampagnenfähig.
104 Wir sind ein eigenständiger Verband mit eigenständiger Praxis. Um genau das
105 sowohl nach innen als auch nach außen zu verfestigen – und zwar nicht der Sache
106 wegen, sondern der Inhalte wegen – arbeiten wir weiter daran, wie Kampagnen auch
107 in den kleinen und ländlichen Kreisverbänden gut funktionieren können.

108 Kampagne zur Bundestagswahl

109 2025 steht die Bundestagswahl an – und wir werden erneut zeigen, wofür wir als
110 GRÜNE JUGEND Schleswig-Holstein stehen, an wessen Seite wir stehen und für
111 welche Welt wir kämpfen. Das bundesweite Kampagnenteam wird eine Kampagne
112 erarbeiten – der Landesvorstand ist in der Verantwortung, diese Kampagne auf
113 Norddeutschland zu übersetzen, mit den Kreisverbänden zu erarbeiten, wie die
114 Kampagne in Schleswig-Holstein funktionieren kann – und was in Heide, auf Sylt
115 oder in Stormarn sinnvoll ist. Die Kreisvorstände werden vor Ort unterstützt –
116 bei der Vorbereitung wie auch bei der Umsetzung.

117 Öffentlichkeitsarbeit

118 Pressearbeit

119 Als GRÜNE JUGEND Schleswig-Holstein besitzen wir die Möglichkeit Themen und
120 Debatten in der Öffentlichkeit zu prägen und neue Menschengruppen zu erreichen.
121 Wir wollen unsere Aufmerksamkeit strategisch nutzen. Dabei geht es nicht nur
122 darum, Ungerechtigkeiten aufzuzeigen, sondern auch alternative linke Lösungen zu
123 präsentieren und gesellschaftliche Debatten zu beeinflussen. Wir wollen
124 Verteilungskämpfe aufzeigen, einen klaren Klassenstandpunkt vertreten,
125 nachhaltige linke Perspektiven in die Gesellschaft und den öffentlichen Raum
126 tragen.

127 Social Media

128 Wir wollen Junge Menschen in ihrer Lebensrealität abholen – und diese ist zu
129 einem großen Teil online. Daher verstehen wir Social Media als ein wichtiges
130 politisches Werkzeug für uns. Wir wollen zeigen, wer wir sind, was wir machen
131 und wofür wir einstehen. Dabei möchten wir einerseits Kritik an den herrschenden
132 Verhältnissen vermitteln, die zielgruppen- und plattformgerecht dargestellt ist.
133 Gleichzeitig möchten wir junge Menschen politisieren und Interessierte
134 motivieren, bei uns mitzumachen. Unser Verband ist neben dem politischem, auch
135 ein sozialer Raum mit viel Spaß - und genau dieses Bild wollen wir auch zu
136 zeigen. Ergänzend zu unserem bisherigen Content wollen wir durch kreative
137 Ausgestaltung Format-Reihen und Video-Content etablieren, die unseren
138 Wiedererkennungswert steigern.

139 Social-Media-Team

140 Neben der Social Media Arbeit verstehen wir das Social Media-Team auch als
141 Ausbildungsort. Denn für den Ausbau von unserem digitalem Auftritt braucht es
142 ein sprechfähiges Social-Media-Team. Hierfür wollen wir neben der reinen Social
143 Media Arbeit, das Team auch inhaltlich schulen, ihre Analyse stärken und einen
144 Ort der Weiterbildung schaffen.

145 Bündnisarbeit

146 Bündnisse bündeln gemeinsame Stärke. In den letzten Jahren haben wir intensive
147 und starke Bündnisse aufgebaut. Die GRÜNE JUGEND Schleswig-Holstein wird als
148 stabile linke Bündnispartnerin wahrgenommen werden. Nun wollen wir weiter
149 regelmäßigen und guten Kontakt zu Bündnispartnern pflegen. Dazu wollen wir auch
150 in unseren Kreisverbänden als stabile Bündnispartnerin wahrgenommen werden, auf
151 die sich andere Organisationen verlassen können. Die Bündnisse und Konflikte,
152 die wir führen, sollen stets strategisch ausgewählt werden.

153 Kampagnen

154 Wir verstehen Kampagnen ebenfalls als ein wirksames Mittel, die Öffentlichkeit
155 zu erreichen. Wir legen in unserer politischen Praxis viel Fokus auf den
156 direkten Kontakt mit Menschen. Hierbei tragen wir unsere Ideen auf die Straße
157 und kommen mit Jungen Menschen in den Austausch. Unser Fokus liegt dabei unseren
158 gemeinsamen Lebensrealitäten.

159 Kreisverbände

160 KV-Betreuung

161 Kreisverbände sind das Herzstück der GRÜNEN JUGEND. Als Verband wollen wir die
162 Unterstützung und Förderung unserer Kreisverbände intensivieren, besonders in

163 der Durchführung von Aktionen und darüber hinaus. Kreisverbände, insbesondere
164 ländliche Räume, haben individuelle Bedürfnisse und Herausforderungen. In
165 unserer Kreisverbands-Betreuung wollen wir diese erkennen, gezielt darauf
166 eingehen und Lösungen finden. Das neu erarbeitete KV-Betreuungskonzept des
167 aktuellen Landesvorstands soll umgesetzt werden.

168 KV-LV-Treffen

169 Unsere Kreisvorstände-Landesvorstands-Treffen (KV-LV-Treffen) sind wichtige Orte
170 der gemeinsamen Zusammenarbeit und Weiterbildung. Im kommenden Jahr wollen wir
171 diese Treffen weiterentwickeln, um den gemeinsamen strategischen Austausch und
172 unsere Verbandsentwicklung noch enger zusammen zu gestalten. Um eine gute
173 Zusammenarbeit und Schulung zwischen Kreisvorständen und Landesvorstand zu
174 gewährleisten, wird möglichst zu Beginn des Amtsjahres ein zweitägiges
175 Kreisvorstände-Landesvorstands-Treffen (KV-LV-Treffen) angesetzt.

176 Verbandskultur & Neumitgliedereinbindung

177 Vor allem in 1:1-Gesprächen laden wir Menschen ein, mit uns zu lernen und
178 politische Kämpfe zu führen. Gerade deshalb ist es wichtig, dass wir die
179 Einbindung von Neuen und Interessierten nicht dem Zufall überlassen. Wir sind
180 ein offener Verband und wollen eine Verbandskultur schaffen, in der sich alle
181 wohl und willkommen fühlen. Kreisverbände sind für Neue und Interessierte meist
182 der erste Ort des Ankommens. Als Landesvorstand wollen wir die Kreisvorstände
183 bei einer guten und inklusiven Neumitgliedereinbindung unterstützen und
184 beistehen.

185 Gleichzeitig setzen wir uns in unserem Verband und darüber hinaus konsequent
186 gegen Rassismus und gegen jeden Antisemitismus ein.

187 Solidarische Praxis

188 Solidarische Praxis als Strategie

189 In den vergangenen Jahren haben wir uns als Verband intensiv damit beschäftigt,
190 an welchen Orten wir wirksam sein können und vor allem auch, an welchen nicht.
191 Für uns sind dabei zwei Faktoren grundlegend:

192 1. Der Mensch im Zentrum:

193 Wenn wir Menschen in das Zentrum unserer Politik stellen wollen, müssen wir
194 wieder mit ihnen sprechen. Ihnen zuhören, ihre Probleme ernst nehmen. Sie
195 Solidarität erleben lassen, mit dem Ziel, dass sie den Glauben an die
196 Vorstellung von einer besseren Welt und an linke Ideen zurückgewinnen. Dass sie
197 daran glauben, dass Menschen gut sind. Für uns sind Menschen nicht zuerst
198 Wähler*innen. Sie sind Menschen, deren Leben wir mit unserer Politik verbessern
199 wollen. Sie sind Menschen, denen wir zeigen wollen, dass es sich lohnt, Seite an
200 Seite für eine gerechtere Politik zu kämpfen.

201 2. Langfristigkeit: Wenn wir wollen, dass die Welt in der wir leben eine andere
202 wird, reicht es nicht, nur bis zum nächsten Tag oder bis zur nächsten Wahl zu
203 denken. Was wir machen, hat nicht vorrangig das Ziel, bis zu einem bestimmten
204 Datum Wahlprognosen und -ergebnisse hochzuschrauben. Wir wollen langfristig
205 Menschen gewinnen. Deshalb bedeutet Langfristigkeit für unsere Praxis, nicht nur
206 Anträge an Wahlprogramme zu stellen, Kompromisse von Regierungsparteien zu

207 rechtfertigen oder Parlamentarier*innen als unsere wichtigsten Verbündeten zu
208 betrachten.

209 Die Kombination von Menschen im Fokus und Langfristigkeit heißt für uns:
210 Solidarische Praxis.

211 Aus neuen Formaten lernen

212 Solidarische Praxis heißt: Lernen. Egal ob Nachbarschaftshilfe,
213 Hausaufgabenbetreuung, Wohngeldberatung, Suppenküche oder Straßenfest: Wir
214 wissen: Menschen helfen und Menschen zeigen, dass helfen schön ist und ohne
215 Gegenleistung funktioniert, ist Kern unserer Idee von Zusammenleben. Aber wir
216 wissen auch: Wir haben das noch nie gemacht. Wir werden lernen müssen, gucken
217 müssen, was geht und was nicht. Der Landesvorstand ist dafür verantwortlich,
218 Räume zu schaffen, an denen die Kreisvorstände von- und miteinander lernen
219 können.

220 Utopien Wirklichkeit werden lassen

221 Je mehr wir ausprobieren und je mehr wir lernen, desto klarer wird werden:
222 Unsere Utopie kann Wirklichkeit werden. Egal ob nachts tanzen und Kuchen essen
223 mit Busfahrer*innen auf dem Betriebshof in Kiel, ob Punsch trinken mit
224 Rentner*innen in Hannover oder ob mit Wasserpistolen spielen und Bratwurst essen
225 auf dem Straßenfest in Brandenburg: Als GRÜNE JUGEND haben wir in den letzten
226 Monaten bereits an verschiedensten Stellen gezeigt, wie schön die Welt sein
227 kann, wenn es mehr Miteinander gibt. Und wie einfach es sein kann, Menschen so
228 zu zeigen: Für diese Welt, für diese Utopie lohnt es sich, zu kämpfen – und sie
229 kann Wirklichkeit werden.

L1 Get Up, Stand Up: Für Gerechtigkeit umverteilen!

Gremium: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Schleswig-Holstein
Beschlussdatum: 03.09.2024
Tagesordnungspunkt: 10 Anträge

Antragstext

1 Die Inflation sorgt immer noch dafür, dass unser Wocheneinkauf teurer wird, die
2 Kosten für Grundbedürfnisse wie Wohnen oder KiTa-Plätze steigen. Gleichzeitig
3 stagnieren die Löhne und Sozialleistungen wie z.B. BAföG passen genauso wenig
4 zur Preisentwicklung wie die Reallöhne. Die logische Konsequenz: Immer mehr
5 Menschen rutschen in die Armut ab. Besonders betroffen sind dabei
6 Alleinerziehende, Studierende und Geringverdiener*innen. Laut aktuellen Studien
7 leben fast 40% der Alleinerziehenden in Deutschland unterhalb der Armutsgrenze¹,
8 Studierende kämpfen mit einem BAföG-Satz, der seit Jahren nicht ausreichend
9 angepasst wird, während die Mieten für studentisches Wohnen in Großstädten seit
10 2018 um über 20% gestiegen sind².

11 Diese Lebensrealitäten der Allermeisten sind das Ergebnis einer Sozialpolitik,
12 die versagt hat, die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt zu stellen.
13 Anstatt die soziale Sicherheit zu stärken, werden Kürzungen vorgenommen und die
14 Lasten auf die Schwächsten in unserer Gesellschaft abgewälzt – während einige
15 Wenige im Minutentakt reicher werden. Es ist Zeit für eine gerechtere Verteilung
16 des Reichtums in unserem Land.

17 Gerechtigkeit heißt, Geflüchteten & Kommunen zu helfen, anstatt sie totzusparen

18 Die Bundesregierung betreibt eine Politik, die die ohnehin prekären
19 Lebensbedingungen vieler geflüchteter Menschen weiter verschärft. Anstatt
20 Geflüchteten den Schutz zu bieten, den sie dringend benötigen, werden die Mittel
21 für Unterkünfte gekürzt und Geflüchtete gegen die Ärmsten unserer Gesellschaft
22 ausgespielt. Diese menschenverachtende Politik befeuert nicht nur den
23 Rechtsruck, sondern schürt auch Abstiegsängste, Kontrollverlust und
24 Existenzsorgen bei immer mehr Menschen.

25 Dabei muss doch immer klar sein: Geflüchtete Menschen sind nicht das Problem.
26 Der politische Umgang mit Geflüchteten, welcher immer auch zu einem
27 gesellschaftlichen Umgang führt, ist das Problem. Es gäbe keine sogenannte
28 "Migrationskrise", wenn die Gerechtigkeitskrise nicht existieren würde.

29 Aber solange migrantisierte und geflüchtete Menschen instrumentalisiert werden,
30 um die schwächsten Gruppen unserer Gesellschaft gegeneinander aufzuhetzen und
31 sich um das vermeintlich letzte kleine Stück Kuchen streiten zu lassen, wird
32 sich an der gesellschaftlichen Stimmung, an der Politik- und
33 Demokratieverdrossenheit und am Rechtsrutsch nichts zum positiven verändern – es
34 wird schlimmer werden. Eine Politik, die Geflüchtete als Sündenböcke
35 missbraucht, zerstört nicht nur das Leben der Betroffenen, sondern untergräbt
36 auch die soziale Sicherheit aller.

37 In einem Staat, der systematisch Menschen ausbeutet, gilt es, sich zu
38 solidarisieren und sich zusammenzutun – und dafür zu sorgen, dass arbeitende
39 Menschen wütend auf Konzernchefs statt Geflüchtete werden.

40 Gerechtigkeit heißt Vergesellschaftung!

41 Gerechtigkeit kann nur dann erreicht werden, wenn niemand mehr Angst haben muss,
42 sich das Leben nicht mehr leisten zu können. Doch in unserer Gesellschaft liegt
43 die Kontrolle über lebenswichtige Ressourcen wie Kliniken, Wohnraum und
44 Energieversorgung in den Händen weniger großer Konzerne. Dieser Zustand muss
45 beendet werden. Alles, was die Erfüllung von Grundbedürfnissen betrifft, gehört
46 in die öffentliche Hand! Die systematische Privatisierung öffentlicher Güter
47 muss gestoppt und rückgängig gemacht werden.

48 Es ist nicht hinnehmbar, dass wenige Profit aus der Not der Vielen schlagen.
49 Wohnen, Gesundheit und Bildung sind Menschenrechte und dürfen nicht den Gesetzen
50 des Marktes unterworfen werden. Nur durch die Vergesellschaftung zentraler
51 Bereiche der Daseinsvorsorge können wir sicherstellen, dass alle Menschen die
52 gleichen Chancen auf ein gutes Leben haben.

53 Gerechtigkeit heißt das Ende der Schuldenbremse

54 Generationengerechtigkeit bedeutet, die Klimakrise als das zu begreifen, was sie
55 ist: eine Systemkrise. Es ist an der Zeit, die Schuldenbremse zu überwinden und
56 massive Investitionen in einen sozial gerechten Klimaschutz zu tätigen.

57 Nur durch eine klare Abkehr von neoliberalen³ Sparzwängen und eine entschlossene
58 Politik der Umverteilung können wir sicherstellen, dass auch zukünftige
59 Generationen auf einem lebenswerten Planeten aufwachsen.

60 Gerechtigkeit heißt: Tax The Rich!

61 In einer gerechten Welt gibt es eins nicht mehr: Milliardäre. Der unermessliche
62 Reichtum einiger Weniger steht in krassem Gegensatz zur Armut und Unsicherheit,
63 in der viele Menschen leben. Um endlich das gute Leben für alle zu erkämpfen,
64 braucht es eine konsequente Umverteilung von oben nach unten. Wir fordern: Tax
65 The Rich! Nur so können wir die dringend benötigten Investitionen in Bildung,
66 Gesundheit, Wohnen und Klimaschutz finanzieren und für eine gerechtere Welt
67 sorgen.

68 Get Up, Stand Up – Umverteilung für das gute Leben!

69 –

70 ¹: [https://www.der-](https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Fachinfos/doc/broschuere_armutsexpertise-2024-2.pdf)
71 [paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Fachinfos/doc/broschuere_armutsexpertise-](https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Fachinfos/doc/broschuere_armutsexpertise-2024-2.pdf)
72 [2024-2.pdf](https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Fachinfos/doc/broschuere_armutsexpertise-2024-2.pdf)

73 ²: Siehe Mietmonitoring der IBSH.

74 ³: neoliberal = Neoliberalismus ist eine Art des Liberalismus, die eine
75 freiheitliche, marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung mit den entsprechenden
76 Gestaltungsmerkmalen wie privates Eigentum an den Produktionsmitteln, freie
77 Preisbildung, Wettbewerbs- und Gewerbefreiheit anstrebt und staatliche Eingriffe
78 in die Wirtschaft auf ein Minimum beschränken will - "der Markt regelt das". Die
79 Folge ist Profitmaximierung von Wenigen statt staatlich regulierte Verteilung um
80 einen armutsfesten Sozialstaat zu schaffen.

T1 Auswahlbericht Teams 2024/25

Gremium: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Schleswig-Holstein
Beschlussdatum: 06.09.2024
Tagesordnungspunkt: 6 Arbeitsbereiche (Teams)

Antragstext

1 Team: Geschlechterstrategie

2 Formalia:

3 Veröffentlichung der Bewerbung: 22.07.2024

4 Bewerbungszeitraum: 22.07.2024 – 18.08.2024

5 Anzahl der ausgeschriebenen Plätze: 2

6 Form der Bewerbung: Schriftlich über die Homepage der GRÜNEN JUGEND Schleswig-
7 Holstein

8 Inhalt der Bewerbung:

- 9 • Seit wann bist du in der GRÜNEN JUGEND aktiv?
- 10 • Weshalb möchtest du gerne Teil des Arbeitsbereiches für
11 Geschlechterstrategie werden?
- 12 • Welche Erfahrung bringst du mit? Was möchtest du lernen?
- 13 • Außerdem Name und Vorname, Alter, Kreisverband, Angabe ob die Person
14 FLINTA*-Person ist.

15 Auswahlkriterien:

- 16 • Grundlegende Kenntnisse über strukturelle Benachteiligung von FLINTA*
17 Personen
- 18 • Interesse, sich mit FLINTA*-Förderung und -Empowerment auseinanderzusetzen
- 19 • Interesse an politischer Bildung und dem verständlichen Aufarbeiten von
20 Inhalten
- 21 • Zuverlässige Mitarbeit über gesamte Arbeitszeit
- 22 • Nach Möglichkeit eine möglichst diverse Zusammensetzung des Teams

23 Ablauf der Auswahl:

24 Die Bewerbungen gingen an die organisatorische Geschäftsführung der GRÜNEN
25 JUGEND Schleswig-Holstein. Alle Landesvorstandsmitglieder hatten die
26 Möglichkeit, ihre Einschätzungen zu den Bewerbungen abzugeben. Über einen
27 Besetzungsvorschlag hat der Landesvorstand abgestimmt und hat sich mit 7 Ja-
28 Stimmen dafür ausgesprochen. Das Alter der Bewerber*innen lag zwischen 18 und 21
29 Jahren. Die Bewerbungen kamen aus 2 unterschiedlichen Kreisverbänden.

30 Die ausgewählten Bewerber:innen kommen aus 2 verschiedenen Kreisverbänden. Die
31 ausgewählten Bewerber:innen sind 18 und 21 Jahre alt.

32 Unter den ausgewählten Bewerber:innen befinden sich Personen, die ähnlich stark
33 in den Verband eingebunden sind. Eine Person identifiziert sich als FLINTA*-
34 Person. Eine der Bewerber:innen setzt sich im Rahmen ihres Studiums mit
35 gesellschaftlichen Zusammenhängen auseinander. Eine der Bewerber:innen bringt
36 durch das alltägliche Leben mit, wie Geschlechterungerechtigkeit sich ausdrückt.
37 Eine der Bewerber:innen hat im Rahmen eines Praktikums bei der Hamburger
38 Bürgerschaft Erfahrungen im politischen Themenbereich Geschlecht und Sexualität.
39 Mit dieser Zusammenstellung erwarten wir vielfältige Perspektiven und eine
40 produktive Mischung, um die Umsetzung der Geschlechterstrategie in unserem
41 Verband weiter voranzubringen.

42 Besetzungsvorschlag:

43 Gesamtanzahl der Bewerbungen: 2, davon FLINTA*-Personen: 1

44 Geschlechterverteilung: 2, davon 1 FLINTA*-Person

45 • Malena Trede

46 • Jonas Stolte

47 _____

48 Team: Bildung

49 Formalia:

50 Veröffentlichung der Bewerbung: 22.07.2024

51 Bewerbungszeitraum: 22.07.2024 – 18.08.2024

52 Anzahl der ausgeschriebenen Plätze: 4

53 Form der Bewerbung: Schriftlich über die Homepage der GRÜNEN JUGEND Schleswig-
54 Holstein

55 Inhalt der Bewerbung:

56 • Seit wann bist du in der GRÜNEN JUGEND aktiv?

57 • Weshalb möchtest du gerne Teil des Arbeitsbereiches für Bildung werden?

58 • Welche Erfahrung bringst du mit? Was möchtest du lernen?

59 • Außerdem Name und Vorname, Alter, Kreisverband, Angabe ob die Person
60 FLINTA*-Person ist.

61 Auswahlkriterien:

- 62 • Interesse an Bildungsarbeit und dem verständlichen Aufarbeiten von
- 63 Inhalten
- 64 • Interesse, methodisch divers zu arbeiten, ggf. Workshoperfahrung
- 65 • Spaß daran zu haben, Inhalte zu vermitteln
- 66 • Zuverlässige Mitarbeit über die gesamte Arbeitszeit
- 67 • Nach Möglichkeit eine möglichst diverse Zusammensetzung des Teams

68 Ablauf der Auswahl:

69 Die Bewerbungen gingen an die organisatorische Geschäftsführung der GRÜNEN
70 JUGEND Schleswig-Holstein. Alle Landesvorstandsmitglieder hatten die
71 Möglichkeit, ihre Einschätzungen zu den Bewerbungen abzugeben. Über einen
72 Besetzungsvorschlag hat der Landesvorstand abgestimmt und hat sich mit 7 Ja-
73 Stimmen dafür ausgesprochen. Das Alter der Bewerber*innen lag zwischen 18 und 21
74 Jahren. Die Bewerbungen kamen aus 4 unterschiedlichen Kreisverbänden.

75 Die ausgewählten Bewerber:innen kommen aus 4 verschiedenen Kreisverbänden. Die
76 ausgewählten Bewerber:innen sind 18, 24, 24 und 25 Jahre alt.

77 Unter den ausgewählten Bewerber:innen befinden sich Personen, die bisher
78 unterschiedlich stark in den Strukturen des Verbands eingebunden sind. Eine
79 Person bringt bereits Landesvorstandserfahrung mit, zwei Personen haben bereits
80 Erfahrung in der Arbeit in Teams der GRÜNEN JUGEND Schleswig-Holstein, drei
81 Personen haben bereits Erfahrung mit dem Erstellen von Workshopkonzepten
82 gesammelt.

83 Die Breite an Erfahrungen, die die Bewerber:innen mitbringen, sorgen dafür, dass
84 in unserem Verband zukünftig stärker Bildungsarbeit vom Team selbst ausgehen
85 kann und die Angebote Menschen jeglichen Alters und mit jeglichen
86 Kenntnisständen ansprechen.

87 Besetzungsvorschlag:

88 Gesamtanzahl der Bewerbungen: 5, davon 4 FLINTA*-Personen

89 Geschlechterverteilung: 4, davon 3 FLINTA*-Personen

- 90 • Pia Broker
- 91 • Talea Möller
- 92 • Friederike Wieben
- 93 • Finn Brüggemann

94 _____
95 Team: Social-Media

96 Formalia:

97 Veröffentlichung der Bewerbung: 22.07.2024

98 Bewerbungszeitraum: 22.07.2024 – 18.08.2024

99 Anzahl der ausgeschriebenen Plätze: 4

100 Form der Bewerbung: Schriftlich über die Homepage der GRÜNEN JUGEND Schleswig-
101 Holstein

102 Inhalt der Bewerbung:

- 103 • Seit wann bist du in der GRÜNEN JUGEND aktiv?
- 104 • Weshalb möchtest du gerne Teil des Arbeitsbereiches für Social-Media
105 werden?
- 106 • Welche Erfahrung bringst du mit? Was möchtest du lernen?
- 107 • Außerdem Name und Vorname, Alter, Kreisverband, Angabe ob die Person
108 FLINTA*-Person ist.

109 Auswahlkriterien:

- 110 • Interesse an Social-Media und dem Erstellen von Content
- 111 • Bereitschaft, mit Adobe oder Affinity zu arbeiten und das Arbeiten mit
112 diesem zu lernen
- 113 • Zuverlässige Mitarbeit über die gesamte Arbeitszeit
- 114 • Nach Möglichkeit eine möglichst diverse Zusammensetzung des Teams

115 Ablauf der Auswahl:

116 Die Bewerbungen gingen an die organisatorische Geschäftsführung der GRÜNEN
117 JUGEND Schleswig-Holstein. Alle Landesvorstandsmitglieder hatten die
118 Möglichkeit, ihre Einschätzungen zu den Bewerbungen abzugeben. Über einen
119 Besetzungsvorschlag hat der Landesvorstand abgestimmt und hat sich mit 7 Ja-
120 Stimmen dafür ausgesprochen. Das Alter der Bewerber*innen lag zwischen 15 und 25
121 Jahren. Die Bewerbungen kamen aus 4 unterschiedlichen Kreisverbänden.

122 Die ausgewählten Bewerber:innen kommen aus 4 verschiedenen Kreisverbänden. Die
123 ausgewählten Bewerber:innen sind 18, 20, 21 und 25 Jahre alt.

124 Unter den ausgewählten Bewerber:innen befinden sich Personen, die
125 unterschiedlich stark in den Strukturen des Verbands eingebunden sind. Drei
126 Personen bringen bereits Kreisverbandserfahrung mit, eine Person hat bereits
127 Erfahrung in der Arbeit in Teams der GRÜNEN JUGEND Schleswig.Holstein. Die
128 ausgewählten Bewerber:inne bringen jeweils unterschiedliche Erfahrungen im
129 Bereich Content-Gestaltung und der Arbeit mit Affinity und Adobe.

130 Die Breite an Erfahrungen, die die Bewerber:innen mitbringen, sorgen dafür, dass
131 unser Social-Media Auftritt sowohl inhaltlich als auch technisch weiter
132 professionalisiert werden kann.

133 Besetzungsvorschlag:

134 Gesamtanzahl der Bewerbungen: 6, davon 1 FLINTA*-Person

135 Geschlechterverteilung: 4, davon 1 FLINTA*-Person

136 • Lotta Kelm

137 • Marcel Beutel

138 • Randy Rybka

139 • Bjarne Paulsohn